

und Mitsprache

in den **Aufsichtsgremien** bei Kirche & Diakonie

...nur für die Mitarbeitenden bei Kirche & Diakonie gibt es **keine** Unternehmensmitbestimmung

Immer mehr Diakonische Einrichtungen haben sich zu großen, betriebswirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen entwickelt. Dem entsprechend ist auch die Anzahl der Aufsichtsgremien gewachsen, die dann gerne mit Vertretern unserer Kirche und Honoratioren aus der freien Wirtschaft besetzt werden. Aber eine Vertretung der Mitarbeitenden sucht man dort vergeblich...

...wer Loyalität zu evangelischen Werten einfordert, darf Arbeitnehmerrechte nicht einschränken. Schon deshalb muss Unternehmensmitbestimmung auch bei Kirche & Diakonie selbstverständlich sein.

...mehr zum Thema und noch viele andere Informationen finden Sie auf unserer Webside unter www.mav-gesa-ekir.de



Es gibt zwei bewährte Gesetze zur Unternehmensmitbestimmung die eine Beteiligung und die Mitsprache in den Aufsichtsgremien regeln

Das "Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer" (**MitbestG**) vom 4. Mai 1976 und das "Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat" (**DrittelbG**) vom 18. Mai 2004. Beide Gesetze regeln die Mitwirkung von Beschäftigten in Aufsichtsräten.

Während das "MitbestG" für Unternehmen als Aktiengesellschaft, Kommanditgesellschaft auf Aktien, GmbHs oder Genossenschaften mit mehr als 2000 Beschäftigten anzuwenden ist,

wurde das "**DrittelbG**" beschlossen, um Beschäftigte in kleineren mittelständischen Unternehmen **mit mehr als 500 Mitarbeitenden**, an der Mitwirkung im Aufsichtsrat teilhaben zu lassen.

Kirchliche und diakonische Unternehmen sind von der Anwendung dieser Gesetze ausgenommen, da die Kirchen ihr "eigenes" Arbeitsrecht setzten können.

"Wir sind betrübt, bedrückt, begrenzt begrenzt und benachteiligt"

... obwohl die gemeinsame Verantwortung der Mitarbeitenden und Dienststellenleitungen für den Dienst der Kirche und Diakonie immer wieder betont wird, ist eine **Unternehmensmitbestimmung für Kirche & Diakonie** nicht einmal in Ansätzen Gegenstand der kirchlichen Gesetzgebung.

So wird den Mitarbeitenden ein wesentlicher Teil der betrieblichen Mitbestimmung vorenthalten. Diese Benachteiligung ist abzustellen,- zumal Einrichtungen mit mehr als 500 Beschäftigten, insbesondere bei der Diakonie, schon lange keine Seltenheit mehr sind. Deshalb fordert der Gesamtausschuss Beteiligung und Mitsprache in den In den Aufsichtsgremien bei Kirche & Diakonie

Damit die Mitarbeitenden und ihre Vertretungen <mark>auch</mark> sagen können



Beteiligung und Mitsprache

für die Mitarbeitenden in den Aufsichtsgremien bei Kirche & Diakonie

Ohne die Beschäftigten kann der Auftrag, das Evangelium in Wort und Tat zu verkünden, nicht erfüllt werden.

...wer Loyalität zu evangelischen Werten einfordert, darf Arbeitnehmerrechte nicht einschränken. Schon deshalb muss Unternehmensmitbestimmung auch bei Kirche & Diakonie selbstverständlich sein.



...denn für die Mitarbeitenden bei Kirche & Diakonie gibt es auch im Jahr 501 nach der Reformation keine Unternehmensmitbestimmung

Immer mehr Diakonische Einrichtungen in freier Trägerschaft haben sich im Laufe der Zeit zu großen, dynamischen, betriebswirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen entwickelt. Dem entsprechend ist auch die Anzahl der Aufsichtsgremien gewachsen, die dann gerne mit Vertretern unserer Kirche und Honoratioren aus der freien Wirtschaft besetzt werden. Aber eine Vertretung der Mitarbeitenden sucht man dort vergeblich...



Deshalb fordert der Gesamtausschuss

- ...die Erweiterung der gesetzlichen Mitbestimmung
- ...Übernahme des DrittelbG. auch für die EKiR und DWR ...Anpassen des §23a,2 an die Bestimmungen des BetrVG
- ...und die Erweiterung der Beteiligungspräsenz
- ...in Aufsichtsgremien i.S.d. Unternehmensmitbestimmung
- ...in der Landes- und Kreissynode
- ...in den Synodalen Struktur- und Finanzausschüssen
- ...bei gesamtkirchlichen Projekten

Die Mitarbeitenden müssen in den Aufsichtsgremien vertreten sein,auch bei Kirche & Diakonie. Sie haben es verdient, an wichtigen betrieblichen Entscheidungen stärker beteiligt zu werden.

Wie sonst kann denn betriebsintern korrigierend eingegriffen werden, wenn alle Bemühungen um konstruktive Lösungen im Spagat der Wettbewerbsfähigkeit und der Mitarbeiterzufriedenheit nicht mehr gelingen und selbst Einwände der MAV auf taube Ohren stoßen?

Damit die Mitarbeitenden und ihre Vertretungen <mark>auch</mark> sagen können

